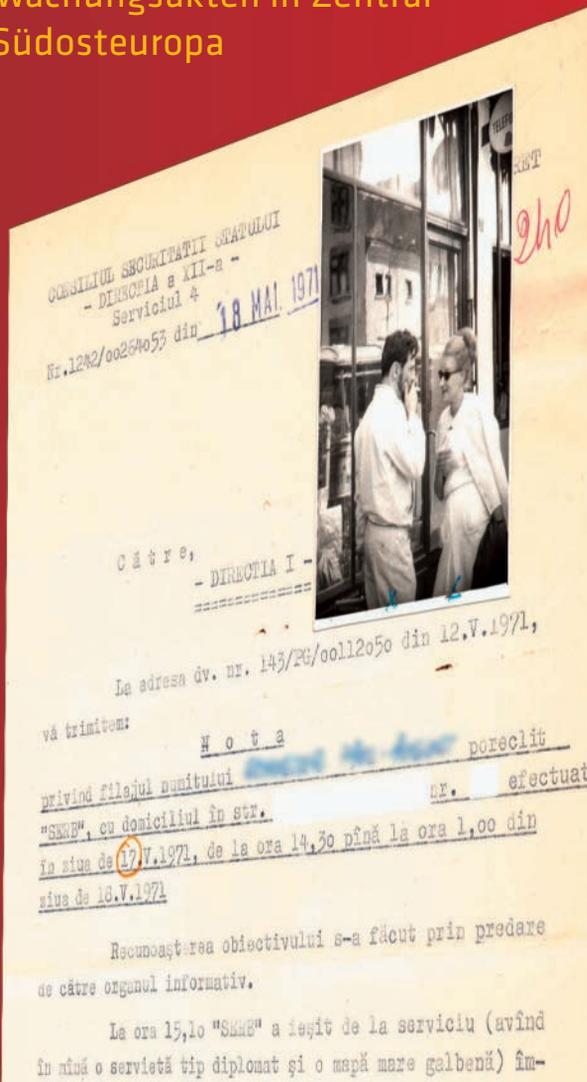


FLORIAN KÜHRER-WIELACH/
MICHAELA NOWOTNICK (HGG.)

Aus den Giftschränken des Kommunismus

Methodische Fragen zum Umgang mit
Überwachungsakten in Zentral-
und Südosteuropa



Veröffentlichungen des Instituts
für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas
an der Ludwig-Maximilians-Universität München (IKGS)

Band 136

Herausgegeben von
Florian Kühner-Wielach und Konrad Gündisch

FLORIAN KÜHRER-WIELACH
UND
MICHAELA NOWOTNICK (HGG.)

Aus den Giftschränken des Kommunismus

Methodische Fragen zum Umgang mit Überwachungsakten in Zentral- und Südosteuropa

Verlag Friedrich Pustet
Regensburg

Gefördert von der Beauftragten
der Bundesregierung für Kultur und Medien
aufgrund eines Beschlusses des
Deutschen Bundestages

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

eISBN 978-3-7917-7181-6(pdf)

© 2018 by Verlag Friedrich Pustet, Regensburg

Umschlaggestaltung: Martin Veicht, Regensburg

eBook-Produktion: Friedrich Pustet, Regensburg

Diese Publikation ist auch als Printprodukt erhältlich:

ISBN 978-3-7917-2817-9

Weitere Publikationen aus unserem Programm finden Sie auf www.verlag-pustet.de
Kontakt und Bestellungen unter verlag@pustet.de

Inhalt

Einführung	9
Grußworte	
ROLAND BERBIG	17
MATTHIAS WEBER	19
BJÖRN DEICKE	21

Länderberichte

HUBERTUS KNABE	Die Aufarbeitung des Kommunismus in Deutschland	25
DRAGOȘ PETRESCU	Dealing with the Securitate Files in Post-Communist Romania. Legal and Institutional Aspects.	43
PETER JAŠEK	State Security Documents and their Role in the Process of Coming to Terms with the Totalitarian Past in Slovakia	61
MARTIN PRAŽÁK	Access to Fonds of the Security Services Archive, Archival Processing and Research Options for Minority Issues in the Czech Republic.	79
KRISZTIÁN UNGVÁRY	Der Umgang mit den Akten der Staats- sicherheit und der kommunistischen Vergangenheit in der heutigen ungarischen Erinnerungspolitik	97

Akten auf dem Prüfstand – Das Beispiel der Securitate

CORNELIU PINTILESCU	The Production of the Securitate’s “Truth”. Dealing with the Institutional Practices and Encapsulated Discourses of the Romanian Secret Police	125
GABRIEL ANDREESCU	The Manipulation of the Political Police Archive – Why and How?	149
STEFAN SIENERTH	Zuverlässige literaturhistorische Informations- quelle oder bloßes Lügengespinst? Zur Authentizität der Securitate-Akten über rumäniendeutsche Schriftsteller	175
CORINA L. PETRESCU	Beim Lesen einer Akte. Securitate-Unterlagen als Geschichte und Geschichten	191
LAURA G. LAZA	Die Übersetzung als Mittel der Manipulation. Eine Analyse der Briefe aus dem Nachlass Wolf von Aichelburgs	205

Lesarten – Die Akte als Quelle

MATTHIAS BRAUN	Stasi-Akten und Literaturgeschichts- schreibung	219
ÁGNES KISS	Censorship Revisited	233
ÁGNES TÓTH	Gesichtspunkte der Überwachung und über- wachte Personen in einer multinationalen Gemeinde. Waschkut/Vaskút 1950–1957	271
TOMÁŠ VILÍMEK	Keine Überraschung zulassen! Einige Bemerkungen zur staatssicherheitlichen Absicherung der Volkswahlen in der Tschecho- slowakei in den 1970er- und 1980er-Jahren	295
GEORG HERBSTTRITT	Von Verbündeten zu Gegnern? Die Beziehungen zwischen Stasi und Securitate in den Jahren 1950 bis 1989	319
KRISZTINA SLACHTA	Banalität der Bürokratie? Überwachung ungarndeutscher „Verwandtschaftsbesuche“. Eine Fallstudie: János Tófalvi	337

WILLIAM TOTOK	Geschichtspolitische Beeinflussung des Auslands durch die Securitate	359
STEFANO BOTTONI	Between Constraint and Community Service. Transylvanian Intellectual Imre Mikó and the Securitate	387
BARBARA WALLBRAUN	„Mein liebes kleines Ungeheuer!“ Berliner Lesben im Visier der Staatssicherheit. Ein Werkstattbericht	411
ANDRA-OCTAVIA CIOLTAN-DRĂGHICIU	Jugendliche im Visier der Securitate. Die Dokumentationsakten der kommunistischen Sicherheitsbehörde als historische Quelle . . .	439

Akten literarisieren

SUSANNE SCHÄDLICH	Erinnere dich, erinnere uns	453
Autorinnen und Autoren		461
Herausgeberin und Herausgeber		466
Personenregister		467

Einführung

Geheimdienste haben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas einen engmaschigen Überwachungs- und Repressionsapparat geschaffen. Als Instrument zur Machtkonstitution und -konsolidierung der herrschenden Parteien überwachten und bespitzelten sie zahlreiche Personen, drangen in Privatsphären ein und säten Zwietracht innerhalb von Gemeinschaften. Menschen wurden verfolgt, verhaftet und drangsaliert. Einrichtungen wie das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, die rumänische Abteilung für Staatssicherheit (rum. Departamentul Securității Statului, kurz: Securitate) oder die tschechoslowakische Staatssicherheit (cz. Státní bezpečnost) wie auch ihre offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter wurden von der Landesbevölkerung mit Unterdrückung und Einschränkung, mit unmoralischem und unrechtem Handeln gleichgesetzt. Folgerichtig wurde im Zuge der europäischen Umbrüche ab 1989 auch eine Freigabe der gesammelten Informationen gefordert, in der DDR gar die Geheimdienstzentrale von Demonstrierenden gestürmt. Verlangt wurde und wird auch weiterhin ein Recht darauf zu erfahren, inwieweit der Staat in das private Leben vorgedrungen war. Aus dieser Forderung erwuchs in vielen Ländern der Anspruch, jene Akten einzusehen, die das eigene Leben betreffen. Den Mitarbeitern der sich 1989/1990 in Auflösung oder Umstrukturierung befindlichen Geheimdienste war die Brisanz ihrer Akten überdeutlich bewusst. Was bis dahin in sorgfältig verschlossenen „Giftschränken“ verwahrt wurde, sollte nun an die Öffentlichkeit gelangen. Man begann, Bestände zu vernichten oder zumindest deren Freigabe zu verhindern.

Neben der Einsicht in die sogenannten Opferakten, jener vom Geheimdienst geführten Dokumente über eine bespitzelte Person, entstand rasch auch ein Interesse an der wissenschaftlichen Aufarbeitung von Vorgängen und Mechanismen, die mithilfe der Akten rekonstruierbar wurden. Eines der ersten Archive, die geöffnet wurden, war jenes des Staatssicherheitsdienstes der DDR im Herbst 1990. Als eines der letzten europäischen Länder beschloss 2015 das albanische Parlament ein Gesetz zur Öffnung der Akten der ehemaligen albanischen Geheimpolizei Sigurimi.

Vielfach gegen starke Widerstände, zumeist aus den Reihen der früheren politischen Eliten, konnten sich in den Ländern Zentral- und Südosteuropas Institutionen etablieren, die sich der Aufarbeitung dieser Aktenbestände widmeten. Die Überführung des Aktenmaterials aus dem Gebrauchszusammen-

hang in eigens dafür geschaffene Archive markiert einen Meilenstein der historischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung kommunistischer Regime. Auch wenn die Zugänglichmachung der Akten in der Regel nur schleppend voranschritt, war es nun möglich, Opfer der Regime zu rehabilitieren und ihnen dadurch ein Stück der eigenen Vergangenheit zurückzugeben. Dieser Prozess brachte allerdings auch viele Biografien ins Wanken, erschütterte Freundschaften und spaltete Familien. Personen des öffentlichen Lebens gerieten und geraten weiterhin unter Rechtfertigungsdruck für ihr einstiges Handeln, wie es sich in den Akten widerspiegelt. Versuche, die „Aktenperspektive“ glaubwürdig zu widerlegen, scheitern jedoch oft; Motive der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsdiensten lassen sich vielfach nur mit Mühe rekonstruieren oder gar nicht mehr nachvollziehen. Vielfach bleibt auch der Entstehungskontext einer Akte unterbelichtet, insbesondere die von den offiziellen strategischen Zielen der Dienste divergierenden individuellen Interessen der hauptberuflichen wie der inoffiziellen Geheimdienstmitarbeiter und die damit verbundenen Berichts- und Dokumentationsstrategien. Auf diese Weise öffnet sich zwischen dem prekären Aktenwissen und dem nachvollziehbaren Bedürfnis nach Aufarbeitung eine moralische Grauzone, die die Geheimdienstarchive erneut zu „Giftschränken“ und die Akten zu einem wirksamen Mittel für persönliche und politische Abrechnungen werden lassen. Infolgedessen wirken die Verheerungen, die der real existierende Sozialismus in den Ländern des sogenannten Ostblocks angerichtet hat, bis in die Gegenwart hinein. In diesem Zusammenhang lassen sich das Private und das Politische kaum voneinander trennen.

Nachdem die schrittweise Öffnung der Archive begonnen hatte, erschienen vor allem die Entlarvung von Tätern und die Genugtuung für Opfer als treibende Kraft der Aufarbeitung. Schädigende auf der einen, Leidtragende auf der anderen Seite – diese aus der Dynamik der Nachwendezeit nachvollziehbare, jedoch höchst brisante Polarisierung birgt für Wissenschaft wie Gesellschaft die Gefahr der Vereinfachung. Im Unterschied zu anderen Archivalien werden Geheimdienstakten auch in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert. Wer einmal als Täter dargestellt wurde, trägt daran nicht selten ein Leben lang, gar über den Tod hinaus, unabhängig davon, ob ein „Fall“ tatsächlich ausreichend ausgeleuchtet wurde, um ihn einem breiteren Publikum bekannt zu machen. Aus dieser Perspektive stellen Geheimdienstakten, zumal Überwachungsakten, nicht nur eine unerlässliche Basis für den Versuch dar, zur Heilung von Wunden beizutragen, die der Gesellschaft von der totalitären Herrschaft beigebracht wurden, sondern können unter veränderten Vorzeichen auch instrumentalisiert werden. Die Wissenschaft sieht sich in diesem Kontext oft genug mit Entscheidungen moralischer Natur konfrontiert, die mit dem ihr eigenen handwerklichen Repertoire kaum zu treffen sind.

Wie treten wir heute, bald dreißig Jahre nach dem Ende des Kommunismus als Staatsform in Europa, diesem Phänomen gegenüber? Der verstorbene, renommierte ungarische Schriftsteller Péter Esterházy veröffentlichte im Jahr 2000 seinen wohl wichtigsten Roman, *Harmonia Caelestis*, in dem er auch die Geschichte seiner eigenen Familie erzählt. Kurz nach Drucklegung erfuhr Esterházy, dass sein Vater Informant des ungarischen Geheimdienstes gewesen war. Es folgte die *Verbesserte Ausgabe* (ung. *Javított kiadás – melléklet a Harmonia caelestishez*), in der er sich mit den schmerzhaften Erkenntnissen durch die Einsicht in Geheimdienstakten auseinandersetzt. Der Schriftsteller Hans Joachim Schädlich musste 1992 aus Dokumenten der Stasi erfahren, dass sein eigener Bruder jahrelang über Schriftstellerfreunde und über die eigene Familie berichtet hatte. Er verarbeitete diese Erfahrung in der Erzählung *Die Sache mit B.*, und Susanne Schädlich, Tochter von Hans Joachim Schädlich und Nichte des inoffiziellen Mitarbeiters, schrieb 2009 die autobiografische Erzählung *Immer wieder Dezember. Der Westen, die Stasi, der Onkel und ich*.

Was bleibt vom Vater, vom Onkel und Bruder? Die persönlichen, aber auch gesellschaftlichen Auswirkungen solcher Informationen in Gegenwart und Zukunft lassen sich im besten Fall erahnen. Der Wissenschaft kommt bei solchen Ereignissen und Prozessen eine bedeutende flankierende Funktion zu. Die Aktenbestände der einschlägigen Archive bilden für diese Aufgabe aber lediglich ein brüchiges Fundament, stellt doch die Überlieferungssituation eine Momentaufnahme der Geheimdienste zum Zeitpunkt des Systemwechsels dar. Viele Akten sind zudem nach wie vor unauffindbar, von anderen Beständen weiß man um ihre Vernichtung. Die Aufarbeitungsstellen übernahmen die Bestände so, wie sie von den Geheimdiensten hinterlassen worden waren. Ordnungs- und Bedeutungszusammenhänge, wie sie für Aufarbeitung und Erforschung vonnöten sind, müssen in oft mühevoller Detailarbeit rekonstruiert und kontextualisiert werden. Die lagernden Akten sind somit nicht nur historische Quellen, sondern auch das verzerrte Gedächtnis einer Erlebnisgeneration. Gleichzeitig stellen sie einen unverzichtbaren Teil der Dokumentation der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dar. Trotzdem hegen viele Akteure, insbesondere Zeitzeugen, Zweifel daran, dass der Nutzen der Aufarbeitung dieses Quellenmaterials den Schaden, der damit fortgesetzt angerichtet wird, übertrifft. So antwortete Günter Grass, als man ihn einst fragte, warum er die ihn betreffenden Dokumente aus den Archiven des Staatssicherheitsdienstes nicht einsehen wolle, mit der Feststellung, dass die Stasi-Akten „wie ein Gift“ gewirkt hätten, weil sie „wie gültige Dokumente“ gewertet würden.¹

1 Zitiert nach: Kai Schlüter: Günter Grass im Visier. Die Stasi-Akte. Berlin 2010.

Vielfach fehlte und fehlt die quellenkritische Lesart, die hilft, diese Art von Dokumenten zu verstehen. Es stellen sich Fragen danach, was der Inhalt einer Überwachungsakte tatsächlich über die kommunistische Epoche und ihre Akteure aussagt. Lassen sich Opfer- und Täterrollen immer eindeutig zuordnen? Wo endet die Aufarbeitung zum Wohle der Gesellschaft und wo beginnen persönliche Rachefeldzüge?

Vor dem Hintergrund dieses Spektrums an vorwissenschaftlichen Überlegungen widmete sich die internationale und interdisziplinäre Tagung „Aus den Giftschränken des Kommunismus“ den Archiven der kommunistischen Geheimdienste in Zentral- und Südosteuropa anhand von Überblicksdarstellungen und ausgewählten Beispielen. Stattgefunden hat sie im April 2015 in Berlin als Kooperationsveranstaltung des Instituts für deutsche Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin, des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas (IKGS) sowie des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität (European Network Remembrance and Solidarity, ENRS). Der vorliegende Tagungsband versammelt die Vorträge, die teilweise erweitert und ergänzt wurden.

Nach den Grußworten der Vertreter unserer wichtigsten Mitwirkenden und Partner der Tagung – Prof. Roland Berbig vom Institut für deutsche Literatur der Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Matthias Weber, Direktor des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität, und Björn Deicke, Direktor beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – folgen fünf Länderberichte, die sich exemplarisch mit der Geschichte und dem Status quo der vor allem institutionell geprägten Aufarbeitungsprozesse in Deutschland, Rumänien, der Slowakei, Tschechien und Ungarn widmen. In der Zusammenschau wird einerseits deutlich, wie sehr diese Prozesse von der Disposition der jeweiligen Regierung abhängig sind. Andererseits lässt sich nachvollziehen, dass sich das Maß an Dringlichkeit eines verstärkten internationalen Austauschs zwischen den nationalen Aufarbeitungsbehörden und -akteuren bis dato nicht verringert hat.

Die beiden folgenden, empirisch orientierten Kapitel gruppieren sich in weiten Teilen um Fragestellungen zu Minderheiten und Randgruppen. Mit der auf diese Weise implizit und explizit erfolgenden Reflexion des jeweiligen Forschungsstandes wird das Ausmaß des Bedarfs an einer vertieften Auseinandersetzung mit Geheimdienstakten besonders deutlich, nicht zuletzt, weil sie in einer weitgehend durchherrschten und nach Uniformität strebenden Gesellschaft für „das Andere“, zumeist auch in besonderem Maße Suspekten stehen. Im Kapitel „Akten auf dem Prüfstand – Das Beispiel der Securitate“ wird der rumänische Geheimdienst herangezogen, um seine Arbeitsweise und die Intentionen der Akteure darzustellen sowie die „Fallen“, in die der Benut-

zer des CNSAS-Archivs tappen kann, zu erläutern: Corneliu Pintilescu grundlegender Beitrag widmet sich in diesem Zusammenhang den organisatorischen Aspekten der Geheimdienst- und insbesondere der Überwachungsarbeit, Gabriel Andreescu wiederum stellt, gestützt auf ein Lebenswerk an Aufklärungs- und Forschungsarbeit zu dieser Thematik, die wichtigsten Facetten der Manipulation von Überlieferungszusammenhängen am Beispiel rumänischer Schriftsteller und Künstler dar. Stefan Sienerth, langjähriger Direktor des IKGS, stellt die Frage nach der Zuverlässigkeit und Authentizität von Securitate-Akten über deutsche Schriftsteller in Rumänien, die immer wieder ins Visier des Geheimdienstes gerieten. Corina L. Petrescu und Laura G. Laza vertiefen in ihren Aufsätzen, in deren Zentrum die rumäniendeutschen Schriftsteller Eginald Schlattner und Wolf von Aichelburg bzw. ihre Verhör- und Prozessakten stehen, die Darstellung verschiedener zweckgerichteter Manipulationen im Rahmen geheimdienstlicher Dokumentationen.

Im Kapitel „Lesarten – Die Akte als Quelle“ werden darauf aufbauend Fallbeispiele dargelegt, die verschiedene Interpretationsvarianten und damit verbundene Forschungspotenziale dieser Quellengattung über Aufarbeitung und „Tätersuche“ im engeren Sinne hinaus aufzeigen: Matthias Braun fragt nach dem Mehrwert der Stasi-Akten für die deutsche Literaturgeschichte. Ágnes Kiss plädiert in ihrem Beitrag zur Zensur in Rumänien für einen Perspektivenwechsel weg von der starren Polarität zwischen einem nach Vorschrift agierenden Zensor und einem zur Passivität verurteilten Zensierten. Sie beschreibt Zensurvorgänge als alltägliche Orte der Kommunikation und des Verhandeln, in denen persönliche Beziehungen eine bedeutende Rolle spielten. Ágnes Tóth wiederum beschäftigt sich eingehend mit dem Fallbeispiel der ungarischen Gemeinde Waschkut (ung. Vaskút) und zeigt, wie Minderheitensituationen für die Feindbildproduktion einer gleichzeitig nationalistischen wie Klassenideologie durch den ungarischen Geheimdienst funktionierten. Tomáš Vilímek wiederum untersucht die (Vor-)Arbeit des tschechoslowakischen Geheimdienstes im Rahmen der Volkswahlen in den 1970er- und 1980er-Jahren und eröffnet damit eine weitere Option, Geheimdienstakten heranzuziehen, um der politischen Geschichte der kommunistischen Ära eine wichtige Facette hinzuzufügen. Georg Herbstritt und Krisztina Slachta zeigen in ihren Beiträgen die bislang nur teilweise genutzten Potenziale von Überwachungsakten für die transnationale Geschichte über den Eisernen Vorhang hinweg: Während Herbstritt das Verhältnis der Geheimdienste Rumäniens und der DDR anhand einiger biografischer Beispiele erläutert, fokussiert Slachta auf die Objekte der Überwachung – in diesem Fall die Besuche von Verwandten aus dem „Westen“ bei den in Ungarn verbliebenen bzw. dorthin zurückgekehrten Ungarndeutschen. Deutlich wird bei beiden Ansätzen, dass die im Mittelpunkt stehenden

Quellen nicht nur die untersuchten Vorgänge auf die ihnen eigene Art reflektieren, sondern wiederum Schlüsse auf die Arbeitsweise und Absichten der Dienste selbst ermöglichen: „über die Konstruktion von Fällen, Linien, Legenden, Gegnern, Diversionen – und von Feindbildern“.² Nicht weniger transnational orientiert, jedoch noch stärker biografisch ausgerichtet sind die Beiträge von William Totok, der sich dem Wirken von Friedrich (Fritz) Cloos, einem in Deutschland agierenden ehemaligen Nationalsozialisten in den Diensten der Securitate, widmet, und von Stefano Bottoni, der die Frage nach der Notwendigkeit von Kollaboration als politische Strategie anhand der Biografie des siebenbürgisch-ungarischen Minderheitenpolitikers Imre Mikó stellt. In den letzten beiden Beiträgen rücken im Kommunismus besonders marginalisierte Gruppen in den Fokus: Barbara Wallbraun begibt sich in ihrem „Werkstattbericht“ auf die Suche nach „Berliner Lesben im Visier der Staatssicherheit“, während Andra-Octavia Cioltan-Drăghiciu einen auf ihrer Dissertation basierenden Überblick über die Thematik „Jugendliche im Visier der Securitate“ gibt: Obwohl vordergründig kein „Randgruppenthema“, zeigt sie darin auf, wie Marginalität mit der Identifikation von „nichtkonformen“ Jugendlichen regelrecht konstruiert wird.

Eine besondere Wechselwirkung stellt die literarische Produktion dar, die die meist sehr schmerzhafteste und höchst persönlich motivierte Auseinandersetzung mit bestimmten Aktenbeständen generiert. Wir freuen uns daher besonders, dass Susanne Schädlich einen Text für diesen Band beigesteuert hat: Zwischen Recherche und Literarisierung, als Chronistin und als Betroffene, tritt sie in dem Text „Erinnere dich, erinnere uns“ dafür ein, den „Vollstreckern einer Diktatur die Sprache wieder wegzunehmen“.³

Die enge Verbindung von Literatur und Aktenaufarbeitung wurde einmal mehr während der im Rahmen der Tagung veranstalteten Podiumsdiskussion mit Akteuren und Betroffenen, die sich auf verschiedene Weise der Aufarbeitung widmen, deutlich. Neben dem Autor Uwe Kolbe, 1957 im Ostteil Berlins geboren und zeitweise vom MfS, unter anderem vom eigenen Vater, beobachtet, diskutierten die Bürgerrechtlerin und Oppositionelle Ulrike Poppe, von 2010 bis 2017 Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Radu Preda, rumänischer Theologe und Präsident des Instituts für die Erforschung der Verbrechen des Kommunismus, sowie der ungarische Zeithistoriker Krisztián Ungváry. Kritisch hinterfragt wurde die Öffnung der Geheimdienstarchive als Beitrag zur Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit. Konsens bestand darüber, dass diese Möglichkeit von Betroffenen

2 Slachta, S. 358.

3 Schädlich, S. 459.

dankbar angenommen werde und sie bei Rehabilitierungsverfahren und Opferentschädigung unterstütze: Der „Giftschrank“ könne als ein „Medizinschrank“ genutzt werden und der „Heilung“ dienen. Gleichzeitig aber wurde auch auf die Gefahr hingewiesen, die von den Akten ausgehe, denn, so meinte Ungváry, Akten entsprächen nicht unbedingt der Realität, sie könnten auch eine „Quelle der Unwahrheit“ sein, die genau kontextualisiert werden müsse. Uwe Kolbe wiederum betonte, dass die Beschäftigung mit den Geheimdienstakten allzu oft den Blick von den Entscheidungsträgern der politischen Systeme, von den Funktionären und einflussreichen Parteimitgliedern, ablenken würde. Hier seien weitere Quellen zu erschließen, die den Geheimdienstakten entgegengestellt werden müssten. Radu Preda unterstrich in diesem Kontext, dass mithilfe der Akten „das System“ zu erfassen sei. In Rumänien höre die Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg auf, denn die kommunistische Propaganda sei nach dem Umbruch von 1989/1990 weitestgehend entfernt worden und habe ein Vakuum hinterlassen, das bis heute nicht gefüllt sei. In dieser Hinsicht sei die Beschäftigung mit den Akten der Securitate für das Entstehen einer demokratischen Gesellschaft von immanenter Bedeutung. Die verspätete Öffnung der rumänischen Geheimdienstarchive 1999 habe jedoch zur Folge, dass die Wahrnehmung der Ergebnisse dieses Aufarbeitungsprozesses eher gering sei und entsprechend wenige Konsequenzen in der Aufarbeitung eingefordert würden.

Um die Diskussion zu vertiefen und zu exemplifizieren, führten die Organisatoren während der Tagung ein öffentliches „Werkstattgespräch“ zum Stand der Aufarbeitung innerhalb der rumänischen Forschung. Vertreter verschiedener Generationen und Professionen – die Journalistin und Publizistin Hannelore Baier, der Literaturkritiker und Publizist Gerhardt Csejka, der Historiker Thomas Şindilariu sowie der Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Joachim Wittstock – sprachen über persönliche Motivationen und wissenschaftliches Interesse, mit Akten aus den Archiven des rumänischen Geheimdienstes zu arbeiten: Der Forschung zu „überschaubaren“ Gemeinschaften wie jene der Rumäniendeutschen wurde im Gespräch einerseits der Vorteil attestiert, dass es eine Reihe weiterer Quellengattungen gäbe, die die Informationen aus den Archiven ergänzten. Andererseits lägen Forschungsgegenstand und persönlicher Erfahrungshorizont bzw. Akteurskreis vielfach nahe beieinander und stellten so den Forscher vor eine besondere Herausforderung. Diese Problematik betrifft die Erlebnisgeneration auch in anderen Forschungszusammenhängen: die Überlagerung von eigenem Wissen und Erleben mit den Vorgängen, die sich in den Geheimdienstakten finden oder in diesen generiert werden.

Die Hinterlassenschaften des Kommunismus erweisen sich, wenngleich mit länderspezifischen Besonderheiten, nicht zuletzt aufgrund des politischen Handelns und der Migrationsprozesse vor und nach 1989 als ein europäisches

Phänomen *sui generis*, dessen Untersuchung nicht nur ein interdisziplinäres Instrumentarium, sondern auch einen gemeinschaftlichen Dialog über Aufarbeitung und Erforschung erfordert. Tagung und Band „Aus den Giftschränken des Kommunismus“ stellen einen Versuch dar, Bedarf und Bedürfnis eines solchen Austausches deutlich zu machen und sowohl dessen Potenziale wie auch dessen Grenzen zu diskutieren.

Die exemplarische Fokussierung auf bestimmte Länder Ostmittel- und Südosteuropas ergab sich aus den wissenschaftlichen Schwerpunkten der drei federführenden Institutionen und der schon begonnen Zusammenarbeit mit Partnern, die mit diesem Projekt gefestigt und fortgesetzt wurde. Das Institut für deutsche Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin ist eine der führenden Forschungseinrichtungen für das, was gemeinhin als DDR-Literatur bezeichnet wird. Sie stellt sich hierbei immer wieder neu der Herausforderung, Autoren und deren Werke in ihrer heutigen Relevanz zu erfassen und in ihrer historischen und gesellschaftlichen Dimension zu verorten. Das Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität in München arbeitet seit vielen Jahren über die Rumänien-deutschen im Spiegel der Geheimdienstakten. Der Erforschung und Vermittlung der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere der totalitären Systeme und der Kriege, deren Folgen bis heute gesellschaftlich weiterwirken, wiederum widmet sich das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität. Es ermöglichte die Durchführung eines Stipendienprogramms während der Tagung und begünstigte somit den Austausch vor allem einer jüngeren Generation von Forschenden. Zu Dank verpflichtet sind wir darüber hinaus unseren weiteren Partnern, dem Nationalen Rat für das Studium der Archive der Securitate in Bukarest, dem Institut für das Nationale Gedächtnis in der Slowakei sowie dem Institut für Geschichte am geisteswissenschaftlichen Forschungszentrum der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Mit großem Anteil eingebracht hat sich in diese Veranstaltung die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, die in vielerlei Hinsicht beispielgebende Arbeit in Bezug auf Geheimdienstakten leistet. Als Partner fungierten darüber hinaus die Kulturreferentin für Südosteuropa bei der Stiftung Donauschwäbisches Zentralmuseum in Ulm, das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa sowie das Literaturhaus Berlin. Den Partnern und Förderern, allen voran der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, sei an dieser Stelle ein großer Dank für die großzügige Unterstützung und die gute Zusammenarbeit ausgesprochen.

Florian Kühner-Wielach und Michaela Nowotnick

Grußworte

ROLAND BERBIG

Institut für deutsche Literatur an der
Humboldt-Universität zu Berlin

Wie ist angemessen, methodisch sauber mit Überwachungsakten umzugehen, jener Textform, die aus Ungeheuerlichem kommt, Ungeheuer gebiert und uns aus düsteren Gründen nicht geheuer ist? Die Initiatoren haben dem vorliegenden Band einen griffigen Titel gegeben: „Aus den Giftschränken des Kommunismus“. Mit dem Wort „Kommunismus“, Sie wissen es, verhält es sich beinahe so wie heute mit dem Wort „Islamismus“. Der Begriff hat sich gelöst von ursprünglichen Bedeutungen und ist über die Jahre um- und neu definiert worden. Hier steht er für den Verbund diktatorischer Staaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Aber auch das Wort „Giftschrank“ hat es in sich. Gestatten Sie, nachsichtig, eine kurze persönliche Reminiszenz. Als ich in Jugendzeiten Hilfspfleger in einem Krankenhaus war, bezeichnete man damit einen versiegelten Metallkasten, in dem meist schmerztherapeutische Medikamente aufbewahrt wurden. Einmal wöchentlich wurde, unter Zeugen, die Vollständigkeit geprüft. Während meines Studiums an dieser Universität galt mein ganzes Trachten, selbst an „Giftschränke“ heranzukommen. Das Gift, das sie bargen, war geistiger Natur: Bücher und Zeitschriften, von Kafka bis Johnson – sie standen unter dem Verdikt, heile Welten ins Unheil zu stürzen und ihren zufriedenen Lesern den Seelenfrieden zu rauben.

Auch die literaturwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem, was wir hier Kommunismus nennen, offenbart, in welchem Maße das geheimdienstliche Wirken einen Abgrund aufgerissen hat, den keine Zeit der Welt zuschauelt. Was aus der Büchse der Pandora, was aus den Giftschränken ans Licht kommt, verdunkelt und erhellt in einem. Innovative Energie ist nötig, vor dem raschen Zugriff steht das langsame Begreifen. Die Sprache der Akten ist zu deuten, die Deutung zu erlernen. Eine hohe Kunst für nicht selten niedrigste

Texte. Gut und Böse erweisen sich als verführerische, aber nicht taugliche Zuweisungen. Viele haben diese Erfahrung gesammelt, sind an ihr gewachsen und zuweilen, fürchte ich, daran verzweifelt.

Das Institut für deutsche Literatur unserer Universität weiß sich in einer langen Tradition geschwisterlich der Geschichtswissenschaft verbunden. Ihr verdankt es haltbare Forschungen, die nicht mit dem Tag vergehen und nicht über allem Spektakel die Kraft der Einsichten, von denen sie geprägt sind, einbüßt. Das Interdisziplinäre nicht als plattes Schlagwort, sondern als schlagendes Argument für das Verstehen literarischer Texte und – dies vor allem – ihr Verständlichhalten. Ohne seinen historischen Sinn und dessen Erschließung versinkt, was Wirklichkeit war und stiftete, ins Unwirkliche, ins Abstruse, in Unsinn. Die sie vereinen, sind sich einig in eben dieser Intention, die aller Inquisition fernsteht und doch insistiert auf Unerlässliches: historische, unleugbare Wahrheit.

Der „Giftschrank“ als jener Ort, an dem die einst politisch Mächtigen in Osteuropa ihr Geheimmaterial verwahrten und es verwandelten, umschrieben und überschrieben: ein Ort, dessen Zugänglichkeit sich nicht von selbst verstand und zu erobern war – und immer wieder zu erobern ist. Ein Regularium war vonnöten und ist es. Wer darf zugreifen auf das einst Geheime? Das Opfer, der Täter, der Mitwissende? Der neutrale Wissenschaftler, die neue politische Macht? Was ist noch immer geheim und warum? Was hat geheim zu bleiben und warum? Was bedeutet das einst gesammelte und exklusiv verwaltete Wissen heute? Droht erneut Instrumentalisierung? Welches Recht hat der, dem einst mit diesen Dokumenten Unrecht geschah? Wer bewahrt die Erschließenden vor neuem Unrecht, wer schützt redliches Tun vor unredlicher Tat? Diese Fragen stehen im Raum. Ihre Beantwortung steht aus – oder richtig: Sie steht wieder und wieder an. Verlangt wird von uns, die wir uns an „Giftschränke“ wagen und auf dieses Wagnis bestehen müssen, wissenschaftliche Redlichkeit und persönliche Integrität.

Das Grußwort ist der Gattung untreu geworden, auf die es doch verpflichtet war. Der grüßen sollte, ist mit zu vielen Fragen angerückt. Der Ihnen die Tür öffnen wollte, er ist gleich selbst begierig, wissbegierig natürlich, hineingestürmt. Da ist, scheint mir, gut, rasch zu enden und den Weg frei zu geben für eine wissensdichte Lektüre, die die Zeit des Lesens überdauert, wie es der Gegenstand dieser Tagung tun wird.

MATTHIAS WEBER

Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität,
Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen
im östlichen Europa

Das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE) und das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität (European Network Remembrance and Solidarity, ENRS) sind Mitförderer, Mitveranstalter und Mitvorbereiter dieses Tagungsbandes sowie der Tagung, die ihm vorausgegangen war. Das Oldenburger Bundesinstitut befasst sich – ähnlich wie der Mitveranstalter und Mitorganisator, das Münchner Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas (IKGS) – regional übergreifend und in etwas anderem Zuschnitt ebenfalls mit der Geschichte und Kultur der historischen deutschen Provinzen und Siedlungsgebiete im östlichen Europa vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Das ENRS hat jedoch eine etwas andere Schwerpunktsetzung und eine spezifisch multilaterale Organisationsform. Ich möchte das Grußwort dazu nutzen, Ihnen das Netzwerk kurz vorzustellen.

Das ENRS wurde 2005 durch eine politische Absichtserklärung der Kulturminister mehrerer Länder gegründet. Gemäß seiner Satzung ist das Ziel des Netzwerks, eine gemeinsame, ausschließlich vom europäischen Geist der Versöhnung getragene Analyse, Dokumentation und Verbreitung der Vergangenheit zu unterstützen und die Geschichte der Nationen Europas miteinander zu verbinden, um zur Entwicklung einer europäischen Erinnerungskultur beizutragen. Gegenstand des ENRS ist die Geschichte des 20. Jahrhunderts, eines Jahrhunderts der Kriege, der totalitären Diktaturen und der Leiden der Zivilbevölkerung als Opfer von Kriegen, Unterdrückung, Eroberung, Zwangsmigrationen sowie als Opfer von nationalistischen, rassistischen und ideologisch motivierten Repressionen. Das Thema dieser Tagung, die sich mit den „Giftschranken des Kommunismus“ auseinandersetzt, trifft somit ins Zentrum der Aufgabenstellung des ENRS. Die Mitglieder des ENRS sind nicht bestimmte Einrichtungen oder Personen, sondern die Staaten selbst. Diese Staaten werden durch die für Kultur und Geschichtsaufarbeitung zuständigen Minister vertreten. Mitglieder sind derzeit Deutschland, Polen, Rumänien, die Slowakei und Ungarn. Beobachterstatus im Europäischen Netzwerk nehmen Alba-

nien, Österreich, Tschechien und Lettland ein. Wir hoffen natürlich, dass diese und weitere Staaten dem Netzwerk bald ganz beitreten werden.

Das Netzwerk hat ein eigenes Sekretariat in Warschau, das für die Projektkoordination und die finanzielle sowie organisatorische Abwicklung zuständig ist. Das Spektrum der vom ENRS durchgeführten Projekte umfasst wissenschaftliche Formate, aber auch kulturelle Bildungsprojekte unterschiedlichster Art, etwa Jugend- und wissenschaftliche Nachwuchsarbeit. Als zentrales Organ wird eine englischsprachige Zeitschrift herausgegeben, die sich mit der Geschichte und Gegenwart Europas beschäftigt: *Remembrance and Solidarity. Studies in 20th Century European History*.

Das Europäische Netzwerk führt darüberhinaus laufend eine Fülle von größeren und kleineren Projekten durch. Jährlich in einer anderen europäischen Stadt werden die European-Remembrance-Symposien organisiert, die insbesondere dem Austausch und der Vernetzung von Geschichtsinstituten und -initiativen dienen, aber auch für individuelle Besucher offen sind. Die hohen Teilnehmerzahlen der bisher in Danzig/Gdąnsk, Berlin, Prag, Wien, Budapest, Brüssel und Bukarest veranstalteten Symposien zeigen, dass der internationale Austausch über die Vergangenheit in ganz Europa ein gesellschaftliches Anliegen von hoher Aktualität ist. Die Konferenz und der Tagungsband *Aus den Giftschränken des Kommunismus* legen einen fachlichen Schwerpunkt auf Südost- und Mitteleuropa.

Die Idee zu dieser Tagung entstand in Zusammenarbeit des Instituts für deutsche Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin und des IKGS in München. Wir haben bei der Vorbereitung darüber nachgedacht, ob es nicht ratsam und notwendig wäre, weitere Fallstudien aus vielen anderen Ländern des östlichen Europas, die ebenfalls von Überwachung und staatlicher Kontrolle geprägt waren, hinzuzunehmen. Letztlich haben wir uns entschieden, es beim exemplarischen Charakter zu belassen, da die Tagung und der vorliegende Band lediglich den Auftakt für eine weitere Auseinandersetzung mit der Thematik darstellen. Es sei darauf hingewiesen, dass die Notwendigkeit, diese Fragestellungen auch in anderen Ländern aufzugreifen, unbedingt gegeben ist.

Dem IKGS München und der Humboldt-Universität zu Berlin danke ich für die Initiative zu dieser Konferenz und für die hervorragende Zusammenarbeit bei den Vorbereitungen der Tagung. Wir haben uns sehr gerne dieser Initiative angeschlossen.

BJÖRN DEICKE

Behörde des Bundesbeauftragten für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen
Republik

Ich danke den Initiatoren der Veranstaltern dafür, dass sie die Frage nach dem Umgang mit dem Erbe der Geheimdienstakten im Rahmen der Konferenz *Aus den Giftschränken des Kommunismus*, in einem breiten internationalen Rahmen diskutierten und freue mich, dass die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) ihr über Jahrzehnte erarbeitetes, spezielles Wissen und Know-how einbringen kann. Ich sehe die Behörde des Bundesbeauftragten in diesem Zusammenhang auch in ihrer Eigenschaft als eine Partnerbehörde von eingeladenen Archiven und Institutionen aus Mittel- und Südosteuropa, mit denen wir in einem eigenständigen fachlichen, behördlichen Netzwerk seit Ende 2008 verbunden sind. Mit unseren Partnereinrichtungen in Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien gründeten wir damals ein europäisches Netzwerk der für die Akten der Geheimpolizei zuständigen Behörden. Deswegen freue ich mich besonders über die persönliche Teilnahme von Dr. Dragoș Petrescu, dem Präsidenten des Rates für das Studium der Archive der Securitate bis 2018.

Ich möchte unterstreichen, dass dieses Netzwerk sich in seiner Arbeit auf einen spezifischen Aspekt der Aufarbeitung jener kommunistischen Diktaturen konzentriert. Voraussetzung ist die Verfügbarkeit der Geheimpolizeiakten und die aktive Aufarbeitung dieser Hinterlassenschaft durch die jeweiligen Einrichtungen. Die Konferenz soll sich mit Fragen zum Umgang mit diesen Akten beschäftigen. Dazu einige wenige Gedanken: Die Besetzung der Stasi-Dienststellen in der DDR durch Demonstranten im Jahr 1989 beendete die Geschichte der ostdeutschen Geheimpolizei. Insbesondere in der DDR und in Rumänien mit seinen blutigen Auseinandersetzungen während der revolutionären Ereignisse war der Fokus der Demonstranten sehr früh auf die Geheimpolizei und deren Akten gerichtet. In anderen Ländern geschah dies nicht so intensiv oder erst später.

Gegen erhebliche Widerstände der alten kommunistischen Eliten und trotz mancher Vorbehalte in der Bundesrepublik konnte nach 1990 erreicht werden, dass die Stasi-Akten nicht weiter vernichtet werden und eine Öffnung grundsätzlich vorgesehen war. Was folgte, war ein parlamentarisches Verfahren zum Erlass des Stasi-Unterlagengesetzes, das den Zugang zu den bisher geheimen Akten des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit und deren Verwendung gesetzlich regelte. Dafür wurde eine eigene Behörde geschaffen, die des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Das Stasi-Unterlagengesetz von 1991 regelt bereits, dass die Unterlagen des Ministeriums für die Staatssicherheit sowohl für die historische und politische als auch für die juristische Aufarbeitung genutzt werden sollen. Davon wurde von Anfang an reichlich Gebrauch gemacht.

Insgesamt konnte durch die frühe Sicherung ein erheblicher Teil des Bestandes an Stasi-Akten gerettet werden, auch wenn dieser eine nicht klar zu beziffernde Lücke aufweist. Doch standen die Stasi-Akten den ehemaligen Opfern ebenso offen, wie sie für die historische Forschung, die politische Bildungsarbeit und die juristische Aufarbeitung der ostdeutsch-kommunistischen Diktatur genutzt werden konnten. Die strafrechtliche Aufarbeitung für in der DDR begangenes Unrecht erfolgte schwerpunktmäßig in den unmittelbaren Jahren nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Es gab nun die Möglichkeit, die Aufarbeitung mit den Mitteln des individuellen Strafrechts zu beschreiten. Im Mittelpunkt aller Verfahren stand dementsprechend die Notwendigkeit des Nachweises persönlicher Schuld. Nicht die Funktion im Unrechtssystem der DDR konnte geahndet werden, sondern die persönliche Verantwortlichkeit eines Einzelnen. Darüber hinaus sollte verhindert werden, dass die ehemaligen Eliten, zumindest nicht unerkannt, erneut einflussreiche Positionen besetzen. Zur Gesamtbilanz der Aufarbeitung gehört die Wahrheit über die kommunistische Diktatur, die nicht zuletzt in den vielen Gerichtsverfahren und Medienberichten an die Öffentlichkeit kam, und die letztlich Teil dessen ist, was wir durch die intensive Forschung aus den Akten rekonstruieren können.

Länderberichte

Die Aufarbeitung des Kommunismus in Deutschland

HUBERTUS KNABE

Kommunismus in einem halben Land

Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten stellt Deutschland bei der Aufarbeitung des Kommunismus einen Sonderfall dar. Das sozialistische System existierte nämlich nur in einem relativ kleinen Teil des Landes. Während über 60 Millionen Deutsche zwischen 1949 und 1989 in der westlich orientierten Bundesrepublik Deutschland (BRD) lebten, wuchs lediglich eine Minderheit von etwa 16 Millionen in der dem sowjetischen Block zugehörigen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) auf. Diese Ausgangslage beeinflusste nicht nur die Form des Kommunismus, in dem zum Beispiel – anders als in der Sowjetunion – offiziell mehrere Parteien existierten,¹ sie bestimmte auch die Vergangenheitsbewältigung nach dem Ende des Kommunismus.

Gemeinhin werden nach dem Sturz einer Diktatur wesentliche Entscheidungen über den Umgang mit der Vergangenheit auf der zentralen Ebene des politischen Systems, also in Parlament und Regierung, getroffen. Im seit Oktober 1990 gesamtdeutschen Bundestag bildeten die parlamentarischen Vertreter der ehemaligen DDR-Bürger jedoch nur eine Minderheit. Gleiches gilt für die seitdem amtierenden Bundesregierungen.

Auch die Justiz, ein anderer wichtiger Bereich für die Diktaturaufarbeitung, war in Deutschland stark vom Westteil des Landes geprägt. Zwar untersteht die Justiz im föderalen System der Bundesrepublik den einzelnen Bundesländern, von denen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR insgesamt fünf gegründet wurden.² Doch die höchstrichterlichen Entscheidungen werden von Bundesgerichten für alle 16 Bundesländer gemeinsam getroffen. In ihnen gab es lange Zeit keine Richter aus der ehemaligen DDR. Außerdem waren die meis-

1 Gerd-Rüdiger Stephan u. a. (Hgg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Berlin 2002.

2 Deutscher Richterbund (Hg.): Handbuch der Justiz 2014/2015. Die Träger und Organe der rechtsprechenden Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland. Heidelberg 2014.

ten juristischen Entscheidungen aufgrund des Tatortprinzips in Berlin zu treffen, wo im Wesentlichen der West-Berliner Justizapparat seit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 für den Ostteil der Stadt zuständig wurde.³

Ein dritter für die Aufarbeitung der Vergangenheit relevanter Bereich sind die Medien. Auch hier unterschied sich die Situation zum Teil erheblich von der in anderen ehemals sozialistischen Staaten. Die Rundfunk- und Fernsehsender der DDR wurden zum überwiegenden Teil abgewickelt und durch ursprünglich westdeutsche Sender ersetzt. Lediglich auf der Ebene der Bundesländer gab und gibt es spezielle ostdeutsche TV- und Radio-Sender. Im Bereich der Printmedien wurden die ehemaligen Bezirkszeitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im Zuge ihrer Privatisierung von westdeutschen Verlagshäusern gekauft. Die wenigen medialen Neugründungen aus der Zeit der friedlichen Revolution konnten der Konkurrenz westlicher Medien nicht lange standhalten.⁴

Der Aufarbeitungsprozess in Deutschland unterschied sich aber noch in einer weiteren Hinsicht von dem in anderen Ländern: Er fand unter wesentlich besseren ökonomischen Bedingungen statt. Auf Veranlassung der Bundesregierungen kam es zu einem gigantischen Finanztransfer von West nach Ost in Höhe von weit über 1.000 Milliarden Euro.⁵ Die Ostdeutschen wurden nicht nur in das westdeutsche Renten- und Krankenkassensystem aufgenommen, im Zuge des Programms „Aufbau Ost“ wurden auch enorme Steuererleichterungen, Investitionszulagen und Infrastrukturprogramme finanziert. Entsprechend schnell verbesserten sich die Lebensverhältnisse in der ehemaligen DDR. Andererseits bewirkte die Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990, die diesen Wohlstand erst ermöglichte, dass die meisten DDR-Betriebe nicht mehr konkurrenzfähig waren und deshalb schließen mussten. Allein 1991 verloren 1,4 Millionen Menschen in Ostdeutschland ihre Arbeit, die Arbeitslosenquote erhöhte sich danach bis 2004 von zehn auf 20 Prozent.⁶ Darüber hinaus verglichen viele Ostdeutsche ihre wirtschaftliche Situation bald nicht mehr mit derjenigen in der DDR, sondern mit der in Westdeutschland – und waren entsprechend unzufrieden.

3 Hubertus Knabe: Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur. Berlin 2007, S. 92.

4 Jürgen Wilke (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Köln 1999.

5 Oliver Schwinn: Die Finanzierung der deutschen Einheit. Eine Untersuchung aus politisch-institutionalistischer Perspektive. Wiesbaden 1997; Gerhard A. Ritter: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates. München 2006.

6 Statistik zu den Arbeitslosenzahlen 1991–2014, <http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV31.pdf>, 20.10.2017.

Ein weiterer Unterschied zu anderen ehemals sozialistischen Ländern bestand darin, dass es nach der Öffnung der Berliner Mauer zu starken Wanderungsbewegungen zwischen Ost- und Westdeutschland kam.⁷ Während vor allem viele jüngere Ostdeutsche auf der Suche nach einer Ausbildung oder Anstellung nach Westdeutschland zogen, kam es in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung zu einem Elitentransfer in umgekehrter Richtung. Selbst Minister und eine Reihe von Regierungschefs in den ostdeutschen Bundesländern kamen aus dem Westen Deutschlands.

Diese hier nur kurz angeschnittenen Besonderheiten des Aufarbeitungsprozesses bedeuteten nicht unbedingt, dass die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in Deutschland weniger entschlossen verlaufen wäre als in anderen Ländern. Eher ist das Gegenteil der Fall, da die alten sozialistischen Eliten weniger politischen Einfluss hatten als in den meisten anderen postkommunistischen Staaten. Andererseits verhielten sich die westdeutschen Eliten beim Umgang mit der Vergangenheit oft betont zurückhaltend, weil sie befürchteten, in der ehemaligen DDR als Okkupanten zu erscheinen.

Die Tatsache, dass der Kommunismus nur in einer Hälfte Deutschlands existierte, wirkte sich jedenfalls wesentlich auf die Ausgestaltung des Aufarbeitungsprozesses aus. Vor allem führte sie dazu, dass die Debatte über die kommunistische Vergangenheit von den politischen, sozialen und mentalen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland überlagert wurde. Insbesondere die ehemalige Staatspartei der DDR, die SED, die sich unter ihrem neuen Namen Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) in das wiedervereinigte Deutschland hinüberrettete, deutete die Bemühungen um eine Bestrafung der Verantwortlichen für das kommunistische System und um die personelle Erneuerung des Staatsapparates in Ostdeutschland als Angriff der Westdeutschen auf die „Leistungen der Ostdeutschen“ um.⁸ Die Westdeutschen wiederum sahen sich überwiegend als Zuschauer bei einem Prozess, von dem sie meinten, diesen kaum beurteilen zu können.

Die friedliche Revolution und ihre Folgen

Die Form eines Systemwechsels bestimmt naturgemäß in starkem Maße auch den anschließenden Umgang mit dem alten Regime. Ein gleitender, reformerischer Übergang von der Diktatur zur Demokratie führt normalerweise dazu,

7 Statistik zu den Wanderungen zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland von 1950 bis 2011, <<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/36711/umfrage/wanderungen-zwischen-westdeutschland-und-ostdeutschland/>>, 20.10.2017.

8 Vgl. Hubertus Knabe: Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE. Berlin 2009.

dass die alten Eliten eher unbehelligt bleiben, während ein gewaltsamer, revolutionärer Umsturz in der Regel eine radikalere Abrechnung mit der Vergangenheit zur Folge hat. Zwischen diesen beiden Polen nimmt Deutschland eine mittlere Position ein. Einerseits wurde die herrschende kommunistische Partei in der DDR durch eine spontane Massenbewegung von der Macht verdrängt.⁹ Andererseits waren die Führer der DDR-Opposition eher auf Ausgleich als auf Abrechnung orientiert, denn viele der meist christlich geprägten Bürgerrechtler in Ostdeutschland hingen dem Gedanken der Versöhnung und der Idee eines „demokratischen Sozialismus“ an – weshalb sie tendenziell nachsichtig mit den kommunistischen Machthabern umgingen.¹⁰

Auch der dritte Akteur im Transformationsprozess, die westdeutschen Parteien, die im Zuge des Einigungsprozesses immer wichtiger wurden, waren an einer radikalen Abrechnung mit den DDR-Staatsfunktionären nicht interessiert. Jahrelange persönliche Beziehungen zu ihnen – der Parteichef der SPD, Oskar Lafontaine, war zum Beispiel per Du mit dem Staatschef der DDR, Erich Honecker – sorgten insbesondere bei den Sozialdemokraten für Zurückhaltung. Führende Christdemokraten wie der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble strebten dagegen aus Gründen der Staatsraison eine Integration der ostdeutschen Eliten in das wiedervereinigte Deutschland an.¹¹ Beide Gruppen wollten eine politische Destabilisierung Deutschlands und Europas durch die revolutionären Ereignisse in der DDR unbedingt vermeiden.¹² Sie bemühten sich außerdem dezidiert um gute Beziehungen zur Sowjetunion beziehungsweise zur Russischen Föderation, die bis 1994 noch fast eine halbe Million Soldaten in Ostdeutschland stationiert hatte. Diese Mischung aus Revolution, friedlichem Systemwechsel und rascher Integration der DDR in das westdeutsche System bei bewusster Zurückhaltung gegenüber Moskau prägte naturgemäß auch den Verlauf der Aufarbeitung des Kommunismus in Deutschland.

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, die Dominanz der westdeutschen Eliten und der rasche Übergang der Massenproteste in Ostdeutschland in einen von oben gesteuerten Transformationsprozess trugen dazu bei, dass die friedliche Revolution von 1989 in der öffentlichen Erinnerungskultur in

9 Vgl. Ehrhart Neubert: *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90*. München 2008.

10 Ders.: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*. Berlin 1997.

11 Wolfgang Schäuble: *Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*. Hrsg. von Dirk Koch, Klaus Wirtgen. Stuttgart 1991; Hanns Jürgen Küsters, Daniel Hofmann: *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Dokumente zur Deutschlandpolitik*. München 1998.

12 Andreas Rödder: *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*. München 2009.

Deutschland nur eine relativ geringe Rolle spielt. Während in Frankreich noch immer der Sturm auf die Bastille im Jahr 1789 gefeiert wird und die Französische Revolution das Selbstverständnis der Nation bis heute prägt, hat der unblutige Sturz der kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland keinen vergleichbaren Stellenwert erlangt. Weder ein Feiertag noch eine Straße erinnern in Deutschland an die friedliche Revolution von 1989.

Die Aktenlage

Eine wesentliche Voraussetzung für die Aufarbeitung von Vergangenheit ist die Sicherung der Akten des gestürzten Regimes. In ihnen finden sich die Beweismittel für die Verfolgung von Opfern wie für die Aktionen der Täter und für die heimliche Kollaboration mit der Geheimpolizei. Im Zentrum stehen in Deutschland dabei vor allem die Akten der SED und die des Staatssicherheitsdienstes.

Wie in anderen sozialistischen Staaten hat auch in der DDR das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) im Herbst 1989 damit begonnen, Akten systematisch zu vernichten.¹³ Betroffen waren davon insbesondere aktuelle Vorgänge, die sich noch in den Arbeits- und Büroräumen der MfS-Mitarbeiter befanden, sowie Unterlagen über strafrechtlich relevante Handlungen. Wie viele Unterlagen damals vernichtet wurden, ist schwer zu sagen.¹⁴ Doch allein die Tatsache, dass über 15.000 große Säcke mit zerrissenen Papieren überliefert sind, zeigt das Ausmaß der Vernichtungsaktion. Außerdem müssen jene Unterlagen, die mit den anfangs noch funktionstüchtigen Aktenvernichtern oder anderweitig unwiederbringlich zerstört wurden, hinzugerechnet werden.

Im Gegensatz zu anderen Staaten standen dem MfS für die Vernichtung der Unterlagen allerdings nur wenige Wochen zur Verfügung. Nach der Ablösung von SED-Parteichef Erich Honecker am 17. Oktober 1989 dauerte es noch bis Anfang November, bis man im MfS dazu überging, die bis dahin streng gehüteten Unterlagen zu vernichten. Zudem wurden die Akten nur selektiv zerstört, da die neue DDR-Führung bis Mitte Januar 1990 den Stasi-Apparat erhalten und deshalb seinen Wissensschatz – die Akten – nicht komplett entsorgen wollte. Seit Dezember 1989 wurde die Aktenvernichtung immer schwieriger, da alarmierte DDR-Bürger nach und nach die regionalen Dienststellen und am 15. Januar 1990 auch die Stasi-Zentrale besetzten. Alles in allem hatte man also nur vier bis zehn Wochen Zeit für die Aktenzerstörung.

¹³ Anne Worst: Das Ende eines Geheimdienstes. Oder: Wie lebendig ist die Stasi? Berlin 1991.

¹⁴ Um genauere Angaben dazu bemüht sich gegenwärtig (2018) ein Forschungsprojekt des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Allerdings tolerierten die Bürgerrechtsgruppen, dass die für Spionage zuständige Hauptverwaltung A¹⁵ im Frühjahr 1990 ihr Archiv komplett vernichtete.¹⁶ Dadurch sind die meisten Vorgänge über inoffizielle Mitarbeiter, Verfolgungsoffer oder Institutionen in Westdeutschland nicht überliefert. Bei den übrigen Beständen wurde mehr oder weniger erfolgreich versucht, die Vernichtung zu unterbinden. 41 Millionen Karteikarten und 1111 Regalkilometer Akten sind erhalten geblieben. Nach der deutschen Vereinigung im Oktober 1990 kamen sie unter die Obhut eines Sonderbeauftragten der Bundesregierung, des früheren Pfarrers und späteren Bundespräsidenten Joachim Gauck.¹⁷ Insgesamt ist die Überlieferungslage im Bereich der inneren Überwachung in Deutschland vergleichsweise gut, während die Stasi-Auslandsaktivitäten nur mangelhaft dokumentiert sind.¹⁸

Anders stellt sich die Lage im Bereich der Parteiakten dar. Da die SED 1989 nicht verboten und aufgelöst wurde, blieben ihre Unterlagen weiterhin in ihrem Besitz – auch nach ihrer Umbenennung in SED-PDS (Dezember 1989) beziehungsweise PDS (Februar 1990). Die Funktionäre nutzten dies nicht nur, um die gesamte Mitgliederkartei zu vernichten, sondern auch um besonders relevante Bestände – etwa die Akten der Abteilung Sicherheit des Zentralkomitees oder einzelner Politbüromitglieder – größtenteils zu zerstören.¹⁹ Erst ab dem 1. Juni 1990 unterlagen die Archivbestände der SED und die der anderen Parteien und Massenorganisationen der DDR der eher juristischen als tatsächlichen Kontrolle einer unabhängigen Kommission beim DDR-Ministerpräsidenten. Selbst nach der Wiedervereinigung im Oktober 1990 kamen zunächst lediglich die Unterlagen staatlicher DDR-Stellen ins Bundesarchiv, die Parteidokumente folgten erst 1992. Noch weit mehr Unterlagen als bei der SED dürften in Betrieben, Institutionen und Verbänden vernichtet worden sein, die in der Regel völlig unkontrolliert blieben.²⁰

15 Die Hauptverwaltung war Teil des Ministeriums für Staatssicherheit und für Auslandsspionage zuständig.

16 Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin 1999; ders.: Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien. Berlin, München 2001; ders.: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“. Berlin 1999.

17 Vgl. <http://www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragterUndBehoerde/BStUZahlen/_node.html>, 20.10.2017; Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991. Hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Berlin 1995.

18 Knabe: West-Arbeit des MfS, S. 38–59.

19 Ders.: Honeckers Erben, S. 123–131.

20 Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 1994, S. 234. Siehe: <<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/12/078/1207820.pdf>>, 20.10.2017.